

# ZWISCHEN RUF

Unsere Halbzeitbilanz nach  
zweieinhalb Jahren Oppositionsarbeit



**BRAND  
GRÜN**

Sonderausgabe



---

# INHALTSVERZEICHNIS

---

## 04 VORWORT

## 06 INTEGRATION VON ANFANG AN

Geschichten des Gelingens schreiben

## 10 MASSENTIERHALTUNG

Gemeinsam für mehr Tierwohl

## 14 BRAUNKOHLE

Strukturwandel in der Lausitz jetzt gestalten

## 18 BAHNHOFSTOUR

Mehr als Bahnhof verstehen

## 22 FINANZEN UND HAUSHALT

Kohle raus aus Erdöl und Atom

## 24 DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Demokratie lebt vom Mitmachen, nicht vom Zuschauen

## 26 POLITIK FÜR KOMMUNEN

Transparenz und Mitbestimmung

## 28 LANDESENTWICKLUNGSPLAN

Das Land entwickeln – gemeinsam

## 30 LÄNDLICHER RAUM

Gemeinsam für lebendige Dörfer

## 32 BER

Viel Lärm – und keine Lösung

## 34 ILLEGALE MÜLLHALDEN

Giftige Altlasten

## 36 SOZIALE GERECHTIGKEIT

Von bevormundender Fürsorge zu moderner Teilhabe

## 38 INKLUSION IN DER BILDUNG

Kein Kind zurücklassen

## 40 KULTUR IM FLÄCHENLAND

Weit weg, nah dran

## 42 DDR-AUFARBEITUNG

Schwertun mit der Erinnerung

## 44 DIE FRAKTION STELLT SICH VOR

Wer macht was?

## 46 IMPRESSUM

# LIEBE BRANDENBURGERINNEN UND BRANDENBURGER,

auch als kleine Fraktion kann man Großes erreichen. Das beweisen wir – mit sechs Abgeordneten kleinste Oppositionsfraktion – seit unserem Wiedereinzug in den Brandenburger Landtag im Herbst 2014 weiterhin. Immer wieder gelang es uns in den vergangenen Jahren, unsere Themen auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen und für unsere Inhalte Mehrheiten im Parlament zu erringen.

Zwei Beispiele: Auf unsere Initiative hin hat Brandenburg als erstes Bundesland ein Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rechter Gewalt wurden, eingeführt. Ein starkes Signal gegen rassistische Gewalt! Auch andere Bundesländer zeigten sich inzwischen interessiert an der humanitären Initiative; sie wurde selbst auf Bundesebene diskutiert. Den von uns mit der CDU geforderten Masterplan gegen die Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse lehnten SPD und Linke ab. Sie verabschiedeten darauf aber einen eigenen „Strategischen Gesamtplan zur Senkung der bergbaubedingten Stoffeinträge in die Spree und deren Zuflüsse“. Diese Beispiele zeigen – neben vielen weiteren auf den folgenden Seiten –, dass der



**Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender, und Ursula Nonnemacher, Parlamentarische Geschäftsführerin**

uns eigene Stil der konstruktiven Oppositionsarbeit Früchte trägt. Inhalte kommen bei uns an erster Stelle. Je nach Thema haben wir in den letzten zweieinhalb Jahren sowohl mit CDU und BVB/FW als auch mit der rot-roten Koalition politische Themen vorangetrieben.

## Natürliche Lebensgrundlagen schützen

Natürlich stellt der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen einen Schwerpunkt einer grünen Fraktion dar. Ob Energiewende, Agrarwende oder Verkehrswende – diese Themen sind eng mit uns verbunden.

Durch unser Engagement hat die Landesregierung begonnen, den Strukturwandel in der Lausitz, den das Ende der Braunkohleverstromung mit sich bringen wird, als Thema ernst zu nehmen. Gleichzeitig setzen wir uns für eine klimafreundliche Energiegewinnung – den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien und den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung – ein. Wir kämpfen für eine bäuerliche Landwirtschaft im Einklang mit Tier-, Verbraucher- und Naturschutz und beobachten genau, wie die Landesregierung den nach dem erfolgreichen Volksbegehren Massentierhaltung vereinbarten Kompromiss umsetzt. Im Verkehrsbereich engagieren wir uns für den grundsätzlichen Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor dem Individualverkehr.

## Wider den gesellschaftlichen Rollback

Auch für die zweite Halbzeit haben wir uns viel vorgenommen. Trump, AfD, Pegida und Co. stehen für einen gesellschaftlichen

Rollback. Wir erleben aktuell weltweit und auch in Deutschland stürmische Zeiten, in denen zentrale Errungenschaften unserer aufgeklärten, liberalen und offenen Gesellschaft attackiert werden. An vielen dieser Errungenschaften haben wir Bündnisgrüne maßgeblichen Anteil: an verbesserter Gleichstellung von Frauen und Männern, besserer Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Paare, dem Schutz von Minderheiten wie dem Schutz vor Allmachtsansprüchen des Staates. All dies gilt es zu verteidigen und neu mit Leben zu füllen. Dafür setzt sich unsere Fraktion ein, das wird ein Schwerpunkt der kommenden Monate sein.

In unserer Fraktionszeitung ziehen wir auf den folgenden Seiten eine Halbzeitbilanz bündnisgrüner Fraktionsarbeit, konzentriert auf 15 Themenfelder. Wer weiterlesen will, findet in den Infokästen ergänzende Links zu unseren Anträgen und politischen Initiativen. Unsere Website [www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de) bietet darüber hinaus einen vollständigen Überblick über die Arbeit unserer Fraktion.

## Viel Spaß bei der Lektüre unserer Halbzeitbilanz!

**Ihr Axel Vogel,**  
**Fraktionsvorsitzender**

**Ihre Ursula Nonnemacher,**  
**Parlamentarische Geschäftsführerin**

PS: Sie wollen über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben?

Unter [www.brandgruen.de](http://www.brandgruen.de) können Sie unsere vierteljährlich erscheinende Fraktionszeitung brandGRÜN kostenlos bestellen.

# GESCHICHTEN DES GELINGENS SCHREIBEN



Ursula Nonnemacher mit ReferentInnen bei unserem Fachgespräch „Hürden runter – Arbeit für Flüchtlinge ist ein Gewinn für alle“

Als die Lehrerin Wahida A. aus Aleppo mit ihrer Familie vor gut einem Jahr nach Potsdam kam, war alles fremd, neu und ziemlich chaotisch. Heute leben die vier in einer kleinen Wohnung, die Söhne gehen zur Kita und Schule, Ehemann Mohamed I. absolviert einen Sprachkurs. Wahida A. hat einen Platz im Programm der Universität Potsdam bekommen, das geflüchtete Lehr-

kräfte für den Unterricht hier qualifiziert. Der vor 13 Jahren allein aus Pakistan geflüchtete Farok hat schwer und nur langsam Fuß gefasst in Ostbrandenburg. Heute kümmert er sich neben der Berufsschule vor allem um neu ankommende Geflüchtete. Und der 2014 nach Deutschland geflüchtete syrische Business-Manager Huzayfa K. hat nach erfolgreichem Asylver-



fahren, nach Integrations- und Deutschkursen einen Job bei einer Internetfirma gefunden – wenn auch noch nicht in seiner Qualifikation.

„Diese kleinen Geschichten des Gelingens zeigen, dass Integration funktioniert“, sagt Ursula Nonnemacher. Sie weiß, dass der Erfolg viele Eltern braucht: das Engagement der ehrenamtlich Aktiven. Die Unermüdlichkeit der professionellen HelferInnen in den Einrichtungen und Kommunen. Die Anstrengungsbereitschaft der Geflüchteten. Die Integrationsprojekte der Landesregierung. Und dass DemokratInnen über Parteien und Fraktionen hinweg gegen Hass und Hetze von Rechts zusammenstehen. „Wir freuen uns, dass im Umgang mit den Flüchtlingen viele unserer Vorschläge aufgegriffen wurden, gerade was Minderheiten und besonders Schutzbedürftige angeht“, so die migrationspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion.

Der Schulbesuch ist auf mehrere unserer Nachfragen hin heute für jedes Flüchtlingskind in jedem Landkreis abgesichert; und

dabei sind endlich auch die Freien Schulen besser einbezogen. Wohnungsunterbringung fördert die Landesregierung auf unseren Druck hin genauso wie Gemeinschaftsunterkünfte. In vielen Landkreisen stehen Wohnungen leer; und wir sind überzeugt, dass Flüchtlinge in Nachbarschaft zu Einheimischen eher Land, Leute und die Sprache verstehen.

## Schutz für die Schwächsten

Je größer die Unterkunft, desto größer ist auch das Konfliktpotenzial. Auf unsere Forderung für eine bessere psychosoziale Versorgung hat die Regierung zumindest mit mehr SozialarbeiterInnen reagiert. Unklar bleibt allerdings, was mit der landesweit einzigen und überaus erfahrenen Behandlungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge in Fürstenwalde passiert – wir wollen eine Bestandsgarantie und mehr Mittel.

Nicht nur viele Fachleute und Verbände, auch Rot-Rot unterstützte unsere Initiative für einen besseren Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge in den Unterkünften, darunter allein reisende Frauen, Kinder,

Menschen mit Behinderungen und mit anderer sexueller Orientierung. In den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es heute Gewaltschutzbeauftragte und separate Wohnheime für allein reisende Frauen mit Kindern. Eine Clearingstelle stellt jetzt gleich bei der Aufnahme der Geflüchteten den besonderen Schutzbedarf fest. Die Zufluchts- und Beratungsangebote für gewaltbetroffene, geflüchtete Frauen werden nun besser koordiniert.

Unsere Fraktion hat mit Erfolg auch darauf gedrängt, dass die in Brandenburg ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wie Farok aus Pakistan entsprechend ihren besonderen Bedürfnissen als Jugendliche in speziellen Betreuungseinrichtungen untergebracht und nach einheitlichen „Clearingstandards“ zum Beispiel bei der Altersfeststellung behandelt werden.

Wenn Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund Zielscheibe von Rassismus und rechtsmotivierter Gewalt werden, brauchen sie unseren besonderen



Wahida A. mit ihrer Familie in ihrer Wohnung

Schutz. 2015 hatte sich die Zahl rechter Gewaltstraftaten fast verdoppelt, die Aufklärungsquote aber sank. Für die Opfer solcher Taten haben wir ein Bleiberecht durchgesetzt.

### Versklavt, vergewaltigt, gequält und ermordet

Die IS-Terrormiliz ist dabei, die religiöse Minderheit der Yeziden in Syrien und Nordirak zu vernichten. Auf bündnisgrüne Initiative hin beschloss der Landtag 2016, eine begrenzte Zahl Yezidinnen und ihre Kinder aufzunehmen. Im Frühjahr 2017 kommt das geistliche Oberhaupt der Yeziden, Baba Scheich, nach Brandenburg, um die humanitäre Rettungsaktion zu besprechen.



## Erfahrungen gewinnen

Wahida und ihre Familie, Farok und Huzayfa haben wie tausende andere Asylsuchende gute und weniger gute Erfahrungen in Brandenburg gemacht, sind auf Unterstützung und auf Hürden gestoßen. Welche Probleme und Erfolge es gibt, erfährt Ursula Nonnemacher von Initiativen und Geflüchteten vor Ort. In den Fachgesprächen der Fraktion im Landtag diskutiert sie über Arbeit und Ausbildung für Geflüchtete und das Für und Wider eines Integrationsgesetzes. „Um zu wissen, wie gut die Integration flächendeckend und in allen Bereichen Brandenburgs funktioniert, haben wir eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt“, berichtet Ursula Nonnemacher. Auf die Debatte dazu im Landtag ist sie schon gespannt.

### Integration:

#### Was sonst noch geschah

- Unsere Einschätzung des Landesaufnahmegesetzes: <http://gruenlink.de/1bpf>
- Die Gesundheitskarte für geflüchtete Menschen: <http://gruenlink.de/1bpg>
- Unsere Solidarität mit geflüchteten Menschen hört nicht an der Landesgrenze auf: <http://gruenlink.de/15s9>
- Die Rechte der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge müssen in den Erstaufnahmeeinrichtungen vollumfänglich umgesetzt werden: <http://gruenlink.de/1bph>

Wie steht es um die Integration im Land? Unsere Große Anfrage und die Antwort der Landesregierung: <http://gruenlink.de/1bpd>





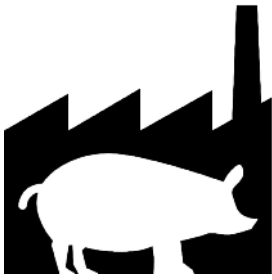
# GEMEINSAM FÜR MEHR TIERWOHL



Demonstration gegen Massentierhaltung in Potsdam mit Mitgliedern unserer Fraktion

In Haßleben, 20 Kilometer nordöstlich von Templin, plant ein niederländischer Investor die Wiederinbetriebnahme eines Schweinemastbetriebs mit 37.000 Tieren. Ein in Tornitz (Vetschau) angesiedelter Megastall sollte von 65.000 auf 80.000 Plätze erweitert werden. Der Wiesenhof-Konzern versucht, die Kapazität seiner Geflügelschlachthanlage in Königs Wuster-

hausen auf 240.000 Tiere am Tag zu verdoppeln. Drei Brandenburger Beispiele dafür, dass die Agrarindustrie auf dem Vormarsch ist, als hätte es das Volksbegehren gegen Massentierhaltung nie gegeben. Tiere werden wie Massenware gehandelt, während gleichzeitig an Arbeitskräften gespart und die Umwelt belastet wird.



## Erfolge des Volksbegehrens

Dabei hatten im Rahmen des Volksbegehrens fast 104.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger diesem tier-, umwelt- und gesundheitsschädlichen System eine deutliche Absage erteilt. Im April 2016 haben die InitiatorInnen mit den Koalitionsfraktionen einen Kompromiss zur Nutztierhaltung ausgehandelt. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg haben wir seitdem einiges erreicht: An einem Runden Tisch diskutieren TierschützerInnen und Bürgerinitiativen auf Augenhöhe mit LandwirtInnen und ForscherInnen. Bis 2018 muss die Landesregierung einen Landestierschutzplan vorlegen, der das Abschneiden von Schnäbeln und Schwänzen beenden soll, eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und eine Verringerung des Antibiotikaeinsatzes vorsieht. Letztere ist auch dringend notwendig: Bei nicht tiergerechter Haltung finden Keime einen idealen Nährboden. Der flächendeckende Antibiotikaeinsatz aber verstärkt die Resistenz der Keime – und wird dazu zum erheblichen Gesundheitsrisiko für den Menschen: An multiresisten-

ten Erregern sterben 10.000 bis 15.000 Menschen pro Jahr in Deutschland, mehr als bei Verkehrsunfällen. Daher haben wir die Landesregierung aufgefordert, Daten zum Antibiotikaeinsatz in Mastanlagen in anonymisierter Form halbjährlich und kreisgenau zu veröffentlichen. Außerdem konnten wir durchsetzen, dass zum 1.1.2017 die Stelle eines oder einer hauptamtlichen Landestierschutzbeauftragten plus MitarbeiterInnenstellen geschaffen wird. Schließlich wurde auch festgelegt, dass in großen Schweinemastställen Filteranlagen eingebaut werden müssen. Das hilft gegen den Gestank, trägt aber nicht zur Verbesserung des Tierwohls bei. Bei der Förderpolitik gab es leider nur minimale Fortschritte; Megaställe können weiterhin gefördert werden.

## Was noch zu tun ist

Ein Jahr nach dem erfolgreichen Volksbegehren steht aber auch fest: In vielen Bereichen ist (noch) nichts passiert. Das Klagerecht für Tierschutzverbände schaffte es durch den erbitterten Widerstand der SPD erst gar nicht in den Kompromiss. Die

Landesregierung wurde im Beschluss dazu aufgerufen, zu prüfen, wie die kommunalen Einflussmöglichkeiten bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen gestärkt werden können. Im Januar gab sie bekannt, dass sie hier keinen Handlungsbedarf sehe. Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Auch beim Schutz von Gewässern vor Verunreinigungen ist noch viel Luft nach oben. Beispiel Tornitz: Der Ausbau hätte auch Auswirkungen auf das Trinkwasser gehabt. Auf unsere Kleine Anfrage hin wurde das dortige Grundwasser beprobt. Schließlich verhängte das Verwaltungsgericht Cottbus in einem Eilverfahren einen Baustopp – auch wegen Mängeln im wasserrechtlichen Erlaubnisverfahren. Wir haben Agrarminister Vogelsänger (SPD) nun aufgefordert, eine Liste mit besonders von Gülle belasteten Orten – sogenannten Hotspots – zu veröffentlichen. Denn der Beschluss zum Volksbegehren sieht vor, dass dazu besondere Schutzmaßnahmen umgesetzt werden können.

Die gigantischen Schlachthöfe verbrauchen auch Unmengen an Wasser. Im Genehmigungsverfahren der Wiesenhof-Anlage in Königs Wusterhausen hat unser agrarpolitischer Sprecher Benjamin Raschke eine Einwendung eingelegt – wie zahlreiche

weitere Einzelpersonen und Initiativen. „Ich Sorge mich insbesondere um die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner und den Wasserhaushalt in der Nachbarschaft der Anlage“, sagt er.

### Grüne Forderungen gegen Tierfabriken

- Keine neuen oder vergrößerten Massentierhaltungsbetriebe
- Mehr Wertschöpfung für die Region
- Gelder nur für tiergerechten Stallumbau
- Weniger Antibiotika in der Tierhaltung
- Kennzeichnung der Fleischherkunft
- Mitwirkungs- und Klagerecht für Tierschutzverbände
- Mehr Personal für die Veterinärämter
- Strengeres Bundesimmissionsschutzrecht
- Eine Politik, die bäuerliche Betriebe fördert

### Die SPD blockiert

Zusammenfassend wird klar: Die SPD wünscht sich kein wirkliches Umdenken in der Tierhaltung und bewegt sich nur auf massiven Druck hin. Minister Vogelsänger ist aus Sicht unserer Fraktion nicht dazu geeignet, als fairer Sachverwalter für die Umsetzung des Kompromisses zu sorgen. „Vogelsänger war immer schon der Interessenwahrer der Massentierhaltung“, so Ben-



**Das hat keine Sau verdient! Schweine in einem Massentierhaltungsbetrieb**

jamin Raschke. „Auch jetzt versucht er, die Ziele des Tierschutzplans umzuinterpretieren. Dieser soll aus seiner Sicht ‚die Akzeptanz der Nutztierhaltung in Brandenburg erhöhen.‘“ Das macht unser Engagement umso wichtiger: Wir haben die Umsetzung des Kompromisses zum Volksbegehren von Anfang an kritisch begleitet und werden der Regierung auch weiterhin genau auf die Finger schauen – für eine faire, regionale, tierwohlorientierte Landwirtschaft.

### **Landwirtschaft: Was sonst noch geschah**

- Gift auf dem Feld – tierarme Welt? Nicht mit uns! Wir kämpfen gegen den Einsatz von Agrargiften wie Glyphosat und Co.:  
<http://gruenlink.de/1bo5>
- Wir wollen verhindern, dass sich die stark allergene Ambrosia weiter ausbreitet:  
<http://gruenlink.de/1bo6>



# STRUKTURWANDEL IN DER LAUSITZ JETZT GESTALTEN

---



Braunkohleabbau in der Lausitz



Dass der Ausstieg aus der Braunkohle ein notwendiger Schritt im Kampf gegen den Klimawandel ist, ist längst nicht mehr allein die Position von UmweltschützerInnen beziehungsweise uns Bündnisgrünen. Und entgegen ihrem Bekenntnis zu einer dauerhaften Kohleverstromung in der Lausitz hat selbst die rot-rote Landesregierung längst das Auslaufen der Kohle verankert, nämlich in ihrer Energiestrategie 2030: Angelehnt an die Klimaschutzziele der Bundesregierung ist darin eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 72 Prozent gegenüber 1990 vorgesehen – inklusive der Abschaltung des Kohlekraftwerks Jämschwalde.

### Neue Energiestudie

Unsere neue Energiestudie belegt, dass auch mit dem in der Energiestrategie der Landesregierung implizierten Kohleausstieg die Lichter nicht ausgehen werden. Und neue Tagebaue werden selbstredend nicht mehr gebraucht. Ganz im Gegenteil: So müsste beispielsweise bei Aufrechterhaltung der Kohlekraftwerkskapazitäten deutlich mehr in den Netzausbau investiert werden als beim Umstieg auf 100 Prozent dezentral erzeugte erneuerbare Energien.

Der Link zur Studie:  
[www.gruene-fraktion-brandenburg.de/energiestrategie](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/energiestrategie)



### Strategieentwicklung am Runden Tisch

Mit dem schrittweisen Ende der Braunkohle wird die Lausitz einen umfassenden Strukturwandel erleben. Wirtschaft, Kommunen und nicht zuletzt die Beschäftigten der Braunkohleindustrie müssen dabei begleitet und auf die veränderten Herausforderungen vorbereitet werden – Schritt für Schritt. Vor diesem Hintergrund erstaunt, dass die Landesregierung bislang wenig Engagement zeigt, die Gestaltung des anstehenden Strukturwandels auch anzupacken.

„In der Lausitz gibt es viele Akteurinnen und Akteure, die sich Gedanken darüber machen, wohin die Reise gehen soll. Die Landesregierung tut aber so, als hätte sie damit nichts zu tun“, sagt unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Heide Schinowsky. Es fehlt eine klare Strategie. Wir fordern deshalb die Erstellung eines Leitbildes „Lausitz 2050“, das von einem Runden Tisch erarbeitet werden soll. Ein solches Leitbild ist z. B. auch notwendige Voraussetzung dafür, dass Gelder aus dem Bundeshaushalt bewilligt werden können. Die Landesregierung soll diesen Prozess noch vor der Sommerpause in Gang bringen.

### Studie „Lausitz im Wandel: Wie weiter nach der Kohle?“

Was kann Brandenburg aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier für die Ausgestaltung des Strukturwandels in der Lausitz lernen? Mit dieser Frage hat sich eine Studie auseinandergesetzt, die das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie in unserem Auftrag erstellt hat. Die GutachterInnen empfehlen unter anderem einen Strategie- und Leitbildprozess unter intensiver öffentlicher Beteiligung, aus dem – unter Einbeziehung weiterer wissenschaftlicher Expertise – ein Konzept zur Gestaltung des Strukturwandels entwickelt werden sollte. Sie schlagen außerdem die Einrichtung eines nationalen Strukturwandelfonds vor.

**Die ganze Studie kann hier nachgelesen werden: <http://gruenlink.de/1bjz>**

### Geld für einen Lausitzfonds

Es krankt nicht nur an der inhaltlichen Ausrichtung, sondern auch an der mangelnden finanziellen Unterfütterung. Trotz zahlreicher Beteuerungen sind im jüngst verabschiedeten Doppelhaushalt für „strukturpolitisch wichtige Vorhaben in der Lausitz“ lediglich 400.000 Euro im Jahr 2018 sowie die Förderung einer Lausitzer Motor-Rennstrecke vorgesehen. Ein von unserer Fraktion geforderter Lausitzfonds,



ausgestattet mit einer Anschubfinanzierung von 10 Millionen Euro, wurde indes von der rot-roten Landesregierung abgelehnt.

„Brandenburg und die Lausitz hätten beispielsweise die Chance, durch konkrete Infrastrukturprojekte insbesondere beim Bahn- und Breitbandausbau zu einer Modellregion für nachhaltige Transformation zu werden. Dafür braucht es aber den politischen Willen; und wenn hier weiterhin nichts kommt, werden andere Regionen diese Chance nutzen“, sagt Heide Schinowsky.



Wasser aus der Spreequelle vor der braunen Spree

## Radtour für eine klare Spree

„Für eine klare Spree!“ Unter diesem Motto hat unser umweltpolitischer Sprecher Benjamin Raschke gemeinsam mit seiner sächsischen Kollegin Franziska Schubert im Sommer 2016 eine 500 Kilometer lange Radtour unternommen – von der Spreequelle in Neugersdorf (Landkreis Görlitz) bis nach Berlin. Die beiden bündnisgrünen Landtagsabgeordneten machten mit der Aktion auf die Verschmutzung der Spree und ihrer Nebengewässer durch den Braunkohletagebau aufmerksam und suchten nach Lösungen. Der Eisenerocker und das Sulfat aus den Tagebauen sind ein massives Umweltproblem, das sich in den nächsten Jahren noch zuspitzen wird. An über 20 Stationen haben die beiden mit Bürgerinitiativen, Verwaltung, Politik und Umwelt- und Naturschutzverbänden zu Ursachen, Auswirkungen und Lösungsansätzen für eine Reinhaltung der Spree diskutiert – und am Ende einen Brief an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel überreicht.

Mehr dazu: [www.gruene-fraktion-brandenburg.de/klare-spree](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/klare-spree)

# MEHR ALS BAHNHOF VERSTEHEN





Über 5000 Zugkilometer hat unser verkehrspolitischer Sprecher Michael Jungclaus im Rahmen seiner anderthalbjährigen „Bahnhofstour“ zurückgelegt – und dabei mehr als 70 Bahnhöfe in ganz Brandenburg besucht, an denen weniger als 50 Personen täglich ein- und aussteigen. Sie werden von der Landesregierung als nachfrageschwach eingestuft, Rot-Rot sieht bei ihnen „Optimierungs- oder Entscheidungsbedarf“. „Die Idee zur Bahnhofstour entstand aus dem Gedanken heraus, dass wir nicht nur darüber jammern dürfen, dass so wenige Fahrgäste in den Zügen sitzen, sondern über die vielen reden sollten, die noch nicht die Bahn nutzen!“, sagt Michael Jungclaus.

Er hat vor Ort in den betroffenen Gemeinden mit EinwohnerInnen, BürgermeisterInnen und OrtsvorsteherInnen über ihre Wünsche und Sorgen hinsichtlich des Bahnverkehrs gesprochen. Er ist der Frage nachgegangen, wie der ÖPNV, der gerade im ländlichen Raum eine wichtige Lebensader darstellt, dort attraktiver gestaltet werden kann. „Bahnhalte im ländlichen Raum dürfen nicht nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden“,

so unser verkehrspolitischer Sprecher. Das zuständige Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung muss endlich von der Maßgabe „Keine Mehrbestellungen ohne Kürzungen an anderer Stelle“ abrücken.

.....  
**SCHÖNOW (UM)**

*„Die Bahnstrecke Berlin-Stettin hat eine Geschichte von 173 Jahren. Das Land Brandenburg braucht nur ein paar Jahre, um sie zu ruinieren, indem es die kleinen Haltepunkte wegfallen lassen will und keinen zweigleisigen Ausbau plant.“*

**Stefan Hildebrand,**  
**Gemeindevertretung Passow**  
.....

Die gesammelten Informationen und Eindrücke fließen nun in Michael Jungclaus' politische Arbeit im Landtag ein. Die Bilder und Zitate der Tour hat unsere Fraktion außerdem in einer Ausstellung festgehalten, mit der die Menschen aus den besuchten Regionen eine Stimme bekommen. Im Dezember 2016 eröffnet, wird die Wanderausstellung nach dem Auftakt im Brandenburger Landtag auch an anderen Orten im ganzen Bundesland zu sehen sein.



Michael Jungclaus vor Ort in Buchholz

### JOACHIMSTHAL KAISERBAHNHOF (BAR)

*„Unser Wunsch für die Zukunft: Die Einsicht der Landesregierung, dass Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserer wunderschönen Region Schorfheide nicht ohne Mobilität funktioniert.“*

**Christine Leuschner, Koordinatorin für Tourismus, Amt Joachimsthal**

Ein weiteres Problem, auf das Michael Jungclaus unterwegs stieß, waren leerstehende und verfallende Bahnhofsgebäude. Der Bahnhof mit Fahrkartenschalter, Wartehalle und Kiosk war gestern – heute macht der Zug an „Haltepunkten“ Station. Nur jedes zwölfte der insgesamt 340 Bahnhofsgebäude bei uns ist überhaupt noch öffentlich zugänglich. Das möchte unsere Fraktion ändern. In Folge unseres Antrags

### Verkehr:

#### Was sonst noch geschah

- Landesbedeutsame Buslinien für Brandenburg! Ein Netz landesbedeutsamer Buslinien, deren Taktung auf den Bahnverkehr abgestimmt ist, würde zu einem Qualitätssprung im ÖPNV führen. Das zeigt ein von uns in Auftrag gegebenes Gutachten: <http://gruenlink.de/1bfz>
- Straßenbahnen sind für uns Positivbeispiele bestehender Elektromobilität. 30 Millionen Euro wollen wir 2017/18 in Straßenbahnen und Oberleitungsbusse investieren – ein wichtiger erster Schritt: <http://gruenlink.de/1bg0>

hat der Landtag einen Beschluss zur Sanierung und Neunutzung verfallender Bahnhofe gefasst. Den Auftakt bildet eine umfassende Bestandsaufnahme aller leerstehenden Bahnhofsgebäude im Land. Die vom Verkehrsbund Berlin-Brandenburg



Brügge



Casekow

(VBB) angekündigte Einrichtung einer Kompetenzstelle zum Thema Bahnhofssanierung erwarten wir gespannt – denn uns erreichen zahlreiche Anfragen von Brandenburgerinnen und Brandenburgern, die sich Unterstützung bei der Sanierung eines Bahnhofsgebäudes wünschen.

## KLANDORF (BAR)

*„Die Heidekrautbahn ist für den Ortsteil eine wichtige Lebensader. Schülerinnen und Schüler nutzen sie, um zum Gymnasium zu kommen, die Berufstätigen als Alternative zum Auto, für den Arbeitsweg nach Berlin, und die Seniorinnen und Senioren als schnelle stressfreie Verbindung für den Arztbesuch bzw. den Einkauf.“*

**Uwe Schoknecht,**  
**Bürgermeister Gemeinde Schorfheide**



Schwarzheide (Ost)



# KOHLE RAUS AUS ERDÖL UND ATOM



## Finanzielle Beteiligungen des Landes

Der Schauspieler Leonardo DiCaprio macht's und der Ökumenische Rat der Kirchen. Die Stadt Münster und die Ethikbank. Die Rockefeller Stiftung gar und der norwegische Staatsfonds: Sie alle planen angesichts der aktuellen Klimadebatte den Rückzug ihrer Vermögen aus Kohle-, Öl- oder Gasunterneh-

men und damit ihren eigenen Ausstieg aus den fossilen Energien.

Unsere bündnisgrüne Fraktion hat die Brandenburger Regierung aufgefordert, es ihnen nachzumachen – konkret: die Anlage von Geldern im Versorgungsfonds der BeamtIn-



nen an ethischen und ökologischen Kriterien auszurichten. Wegen einer drohenden Kohlenstoffblase ist das auch wirtschaftlich sinnvoll: Die Öl- und Gaskonzerne gehen bis 2050 von viel höheren Gewinnen aus, als mit dem globalen 2-Grad-Ziel überhaupt vereinbar ist. „Das Land sollte nicht von Renditen profitieren, die mit untragbaren Sozialstandards oder massiver Umweltzerstörung erkaufte werden“, findet unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. „Brandenburg hat jedoch auch in Unternehmen investiert, die Ölförderung im Amazonas-Urwald oder Atomkraftwerke betreiben oder finanzieren.“ Ein erster Erfolg: In der Diskussion um unseren Antrag legte Finanzminister Görke 2016 bereits einen ersten vielversprechenden Entwurf einer Richtlinie für soziale und ökologische Mindeststandards für die Fondsgelder vor.

### **Erst gelacht, dann mitgemacht**

Die immer neuen Einzahlungen in den rund 800 Mio. Euro schweren Pensionsfonds des Landes wollen wir stoppen. Während Landesregierung und Rechnungshof in der Haushaltsdebatte 2015/2016 unseren wie-

### **Finanzen: Was sonst noch geschah**

- Wir fordern einen Ethikrat, der über Geldanlagen entscheidet:  
<http://gruenlink.de/1bps>

derholten Vorschlag noch lächelnd beiseite wischten, setzt Rot-Rot ihn ab 2017 um. Weil die bescheidenen Überschüsse durch Inflation und Verwaltungskosten aufgezehrt werden, fordert unsere Fraktion seit langem, das Geld nicht in ausländischen Fonds anzulegen, sondern es im eigenen Land zu investieren: in Bildung, aktive BeamtInnen und nachhaltige Investitionen.

### **Bündnisgrüne Haushaltspolitik: nachhaltig und generationengerecht**

Für 2017 und 2018 wollen wir Schwerpunkte setzen bei der Kita-Qualität, beim Nahverkehr, der E-Mobilität und beim Lausitzfonds. Erfolgreich waren wir in den Haushaltsverhandlungen mit der Forderung nach einer oder einem Tierschutzbeauftragten, der Ausstattung der Verbraucherzentralen und Verbesserungen im Justizbereich. Beim Brandenburg-Monitor, einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung zu ihren Werten und Einstellungen, sorgen wir dafür, dass eine weitere Handlungsempfehlung aus der Enquêtekommission zur DDR-Aufarbeitung umgesetzt wird.



# DEMOKRATIE LEBT VOM MITMACHEN, NICHT VOM ZUSCHAUEN

Gerade mal die Note 4 bekommt Brandenburg im Fach Direkte Demokratie und landet im aktuellen Bundesländerranking auf dem drittletzten Platz. An den BürgerInnen hierzulande liegt es nicht: Mehr als 40 Volksinitiativen und zwölf Volksbegehren wurden gestartet. Aber nur die zwei Volksbegehren für das BER-Nachtflugverbot und gegen Massentierhaltung waren erfolgreich, einen Volksentscheid gab es noch nie.

## Einmischen in die Politik ist urgrünes Kernthema

Bürgerunfreundliche Öffnungszeiten von Ämtern, Briefwahanträge, die wochenlang

in der Verwaltung schmoren, und Beschränkungen bei der Plakatwerbung: Die Erfahrungen beim Volksbegehren gegen Massentierhaltung bekräftigen auch unsere Forderung nach der freien Unterschriftensammlung, wie sie in den meisten Bundesländern erlaubt wird. „Sie ist unbürokratisch, bürgerfreundlich gerade in einem Flächenland, und sie fördert die politische Diskussion“, sagt Ursula Nonnemacher, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion. Während die Plakatwerbung auf unseren Antrag hin nun besser geregelt ist, wollte Rot-Rot unser neues Volksabstimmungsgesetz nicht einmal im Landtagsausschuss diskutieren. „Unsere Fraktion



© BUND Brandenburg/Aktion studios Agranwende  
Berlin-Brandenburg

104.000 BrandenburgerInnen gaben dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung ihre Unterschrift



wird sich wie in den letzten Jahren weiter dafür einsetzen, die direktdemokratischen Elemente zur Ergänzung der bewährten parlamentarischen Demokratie zu stärken“, versichert Ursula Nonnemacher.

### Gegen Diskriminierung, für lebendige Debatten

Zum Verfechter direkter Demokratie schwingen sich jetzt rechtsextreme Bewegungen und die AfD auf. „Als Kritik an der Zuwanderungspolitik getarnt, werden der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat abgelehnt, die parlamentarische Demokratie schlechtgeredet und unsere offene pluralistische Gesellschaft verhöhnt“, sagt Ursula Nonnemacher. „Diese Appelle ans ‚gesunde Volksempfinden‘ und das Infragestellen von Minderheitenrechten lehnen wir entschieden ab.“

Mit dem von unserer Fraktion vorgelegten Antidiskriminierungsgesetz, das gerade im Landtag diskutiert wird, binden wir dagegen alle ein und fördern eine Kultur der Toleranz und Vielfalt. Menschen können sich dann gegen Diskriminierungen wehren, die

### Demokratische Gesellschaft: Was sonst noch geschah

- Brandenburg und der NSU: Wir fordern Aufklärung im Untersuchungsausschuss: <http://gruenlink.de/1bsu>
- Wir wollen, dass auch Kinder und Jugendliche Politik machen können: <http://gruenlink.de/1bpv>

sie z. B. in Behörden, bei der Polizei oder in Schulen wegen ihrer Religion oder Nationalität, des Geschlechts oder der sexuellen Identität, Hautfarbe oder sozialen Herkunft erfahren haben.

Bei der letzten Landtagswahl hat nicht einmal jeder Zweite die Stimme abgegeben – ein Alarmzeichen für die Demokratie! Gleich in der ersten Landtagssitzung machte unsere Fraktion deshalb Vorschläge, wie die Debatten in diesem Hause bürgernäher, verständlicher und lebendiger werden können, und hat damit eine konstruktive Diskussion um eine Reform der parlamentarischen Abläufe angestoßen.

.....  
**„Unsere Demokratie ist dann in Gefahr, wenn wir sie als selbstverständlich erachten.“**

**US-Präsident Obama in seiner  
Abschiedsrede im Januar 2017**  
.....

# TRANSPARENZ UND MITBESTIMMUNG

© Fraktion/Laura Engler



**Das Rathaus Potsdam, Sitz der Stadtverordnetenversammlung**

Im Jahr 2015 wurden in Brandenburg 19.112 Kinder geboren, 30.750 Menschen sind verstorben. Von fast allen Medien wurde ein ungeahnter „Babyboom“ bejubelt – Tatsache bleibt aber, dass 11.638 Menschen mehr gestorben sind, als geboren wurden. Ein trauriger Rekord!

Zwei Trends werden die Zukunft Brandenburgs maßgeblich bestimmen: Wir werden

weniger, und wir werden immer älter. Diese beiden Phänomene sind im Land sehr unterschiedlich verteilt. Das Berliner Umland, der sogenannte Speckgürtel, wird weiter wachsen, während die Bevölkerung in den ländlichen Räumen weiter abnimmt – Prognosen zufolge um fast ein Viertel. Gleichzeitig wird 2030 jede dritte Brandenburgerin und jeder dritte Brandenburger über 65 Jahre alt sein.

Diese demografischen Veränderungen bringen auch neue Anforderungen an die kommunale Verwaltung mit sich. Unsere Fraktion hat den grundsätzlichen Bedarf einer Kommunalreform immer gesehen und sieht diesen auch weiterhin. Wir haben uns seit Beginn der intensiven Fachdiskussion 2011 konstruktiv in den Beratungsprozess eingebracht. „Auch wenn der von der Landesregierung vorgelegte Leitbildentwurf keinesfalls ein grüner ist: Unser gemeinsamer Entschließungsantrag mit SPD und Linker, der das Leitbild flankiert, nimmt einen umfangreichen Teil unserer Kritikpunkte auf“, sagt unsere kommunalpolitische Sprecherin Ursula Nonnemacher. Insbesondere der Ausbau der Bürgerbeteiligung in der Kommunalverfassung trägt eine grüne Handschrift



und enthält viele Dinge, für die wir uns seit Jahren in diesem Landtag einsetzen.

### **Dies sind insbesondere:**

1. Um die direkte Demokratie zu stärken, fordern wir, den Katalog zu verkleinern, der bestimmte Bereiche von Bürgerbegehren ausschließt. Dadurch soll es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden, auch über Teile des Haushalts und der Bauleitplanung mitzu-bestimmen.

2. Zur Verbesserung der Frauenförderung wollen wir erreichen, dass hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte bereits in Kommunen ab einer Größe von 20.000 EinwohnerInnen ein-gesetzt werden.

3. Zur Stärkung der Situation von Menschen mit Behinderung bedarf es auch im kommu-nalen Bereich größerer Anstrengungen. Deswegen wollen wir eine Stärkung der oder des Behindertenbeauftragten und eine Anbin-dung an die HauptverwaltungsbeamtInnen erreichen.

4. Mehr Beteiligung für Kinder und Jugendli-che! Dieser Grundsatz muss in der Kommu-

## **Politik für Kommunen: Was sonst noch geschah**

- Ob Winterdienst oder Straßenreinigung, Abwassergebühren oder Gebühren für die Müllentsorgung – kommunale Abgaben betreffen alle. Unser Gesetzentwurf will die Abgabenerhebung vereinfachen:  
**<http://gruenlink.de/1bmb>**
- Wer als hauptamtlicheR BürgermeisterIn oder Landrat/Landrätin wegen einer vor-sätzlichen Tat zu einer Freiheitsstrafe ver-urteilt worden ist, die bei BeamtInnen den Verlust der Beamtenrechte zur Folge hätte, soll für die Dauer von fünf Jahren nicht gewählt werden dürfen – das for-dert ein weiterer Gesetzentwurf von uns:  
**<http://gruenlink.de/1bmc>**

nalverfassung verankert werden. Den Kom-munen bleibt es überlassen, wie sie diese Be-teiligung konkret auszugestalten gedenken.

5. Die Rechte einzelner Gemeindevertre-te-rInnen sollten durch ein aktives Teilnahme-recht an allen Ausschusssitzungen erweitert werden.

6. Die Akteneinsichts- und Auskunftsrechte der GemeindevertreterInnen wollen wir ver-bessern und Informationshürden abbauen.

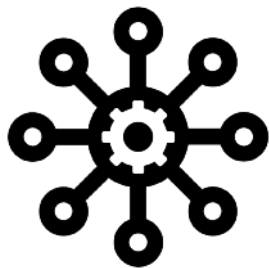
Es bleibt zu hoffen, dass sich die Landesregie-rung in den nächsten Wochen und Monaten darauf besinnt, wofür eigentlich Reformen notwendig sind: das Land und seine Struktu-ren stark zu machen für die Herausforderun-gen der Zukunft, Verwaltung auf allen Ebenen zu modernisieren und bürgerfreundlicher zu gestalten und mehr Demokratie auf lokaler Ebene zu ermöglichen.

# DAS LAND ENTWICKELN – GEMEINSAM



Der Berlin-Boom strahlt auch ins Umland: Der Speckgürtel wächst. Wie kann die Hauptstadtregion zukunftsfähig entwickelt werden, ohne dass der ländliche Raum abgehängt wird? Wo sollte Wohnraum entstehen, wo Einkaufsmöglichkeiten, und welche Freiräume gilt es zu erhalten? An welchen Orten muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut, wo erhalten werden? Antworten auf diese und weitere Fragen halten Berlin und

Brandenburg im gemeinsamen Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion, kurz LEP HR, fest. Beide Länder haben im Juli 2016 den Entwurf des nächsten LEP HR, der 2019 in Kraft treten soll, vorgestellt. Die gemeinsame Landesplanungsabteilung beider Länder hat im Anschluss ein öffentliches Beteiligungsverfahren dazu durchgeführt, das Mitte Dezember abgeschlossen wurde.



## Infrastruktur: Was sonst noch geschah

- Wir haben uns in den Verhandlungen um den Doppelhaushalt 2017/18 für einen Alleenschutzfonds eingesetzt, in den die notwendigen Gelder zum Erhalt unserer Alleen fließen sollen:  
<http://gruenlink.de/1bg2>

Dieses Verfahren ist aus unserer Sicht unzureichend. Beim LEP handelt es sich um einen wegweisenden Plan für die weitere Entwicklung Brandenburgs. Es ist deshalb unerlässlich, dass das Parlament daran beteiligt wird. Unser infrastrukturpolitischer Sprecher Michael Jungclaus hat im Ausschuss für Landesplanung eine Anhörung gefordert, die voraussichtlich im Sommer stattfinden wird. Er kritisiert auch, dass wesentliche Probleme des Landes in eigenständige Planwerke ausgelagert und dadurch dem öffentlichen Diskurs entzogen wurden. Das betrifft die Entwicklung des Flughafens BER sowie die Braunkohle. Der aktuelle Entwurf sieht eine Flächensicherung für neue Tagebaue vor. „Weltweit wird über die Eindämmung des Klimawandels gesprochen. Da ist es geradezu absurd, in der Landesentwicklungsplanung noch über Jahrzehnte neue Tagebaue zu ermöglichen“, so Michael Jungclaus.

In der starken Hauptstadt-Ausrichtung des Landesentwicklungsplans sieht unser Abgeordneter eine weitere Schwierigkeit. Zwar befürwortet unsere Fraktion grundsätzlich die Idee, den historisch gewachsenen „Siedlungsstern“ als Rückgrat der infrastrukturel-

len Entwicklung – also der Wohnsiedlungsentwicklung und dem Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) – zu definieren. Dies darf aber nicht um den Preis geschehen, dass kleine Gemeinden außerhalb des Sterns abgehängt werden. Die ländlichen, berlinfernen Regionen dürfen nicht unter dem Motto „Stärken stärken“ leiden, sondern müssen gleichermaßen in den Fokus rücken, beispielsweise beim öffentlichen Nahverkehr.

Momentan gibt es keine Verpflichtung zu integrierten Regionalplänen. Dies wollen wir ändern, um Flächenkonflikte zu vermeiden – die es nicht nur bei Rohstoffen und Energieerzeugung gibt, sondern auch bei Landwirtschaftsflächen, Hochwasserschutz, Naturschutz, Klimaanpassung von Wäldern oder Siedlungs- und Verkehrsflächen. Beispiel Mühlberg: In der geplanten Ausweitung des Kiesabbaugebietes finden sich unter anderem der fruchtbarste Ackerboden Brandenburgs, ein Hochwasserschutzgebiet sowie eine Kriegsgefangenengrabstätte. Integrierte Regionalpläne würden helfen, Fehlentwicklungen durch derartige Interessenskonflikte zu vermeiden. Dafür muss das Land aber ausreichend Geld in die Hand nehmen.



# GEMEINSAM FÜR LEBENDIGE DÖRFER

Der Link zum Dialogportal:  
[www.dialog.landtag.brandenburg.de](http://www.dialog.landtag.brandenburg.de)



In Schönwalde im Spreewald tagte die Enquêtekommission vor Ort

Brandenburgs Dörfer sind verschwunden. Nicht von der Landkarte, aber offenbar aus dem Blick der regierenden SPD. Mit der letzten Gemeindegebietsreform sind viele Brandenburger Dörfer zu Gemeinden zusammengeschlossen worden und existieren damit rechtlich nur noch als Ortsteile. Doch damit sind die Anliegen und Probleme der Dörfer nicht verschwunden, sie werden nur weniger gehört. Denn durch die Zusammenschlüsse ist gleichzeitig auch das Engagement unzähliger Ehrenamtlicher weggebrochen, die sich vorher im Gemeinderat für ihr Dorf eingesetzt haben. Ihre Anliegen in den Rat der nun größeren Gemeinde einzubringen, geht in vielen

Fällen gut. Wir hören aber aus dem ganzen Land immer mehr Beispiele, in denen es nicht gut geht, weil die Kernstadt die Dörfer dominiert oder ganze Ortsteile im Gemeinderat „vergessen“ werden. Das wollen wir ändern. Denn: Das Leben auf dem Dorf prägt das Leben im ländlichen Raum.

## Enquête zur Zukunft des ländlichen Raums

Im Sommer 2015 wurde auf unsere Initiative hin im Landtag die Enquêtekommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“ ins Leben gerufen. Eine Enquête wird immer





Großräschen, Schlieben, Borkheide oder Schönwalde zeigten: Die Bürgersprechstunde ist stets gut besucht und die Mitglieder der Enquête konnten viele Anregungen mitnehmen.

## Mitmachen!



dann eingerichtet, wenn langfristige, komplexe Fragestellungen zu untersuchen und zu lösen sind. Aus unserer Sicht als Bürgerrechtspartei sind dabei die Mitbestimmung und das Selbst-Gestalten-Können zentral. Sprecher für die Arbeitsgruppe zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe ist unser Abgeordneter für den ländlichen Raum Benjamin Raschke. Auch die Enquête selbst soll viel Beteiligung ermöglichen: mit Livestream, Dialogportal und Bürgersprechstunde. Diese Sprechstunde gibt es immer dann, wenn die Kommission nicht in Potsdam tagt, sondern in den ländlichen Regionen – auch das ein Erfolg, auf den wir stolz sind. Die bisherigen Sitzungen in Pinnow,

Ein Ziel unserer Fraktion ist es, die Mitbestimmung der Dörfer zu stärken; wir unterstützen daher die „Dorfbewegung Brandenburg“ nach Kräften. Ein erster Erfolg: Im Leitbild der Kommunalverwaltungsreform gibt es eine Forderung nach der Stärkung der Ortsteile und Dörfer. Nun gilt es, konkrete Vorschläge dafür zu erarbeiten. Dafür haben wir in der Kommission aus den lebendigen Diskussionen der Ortstermine zehn Thesen auf die Frage „Was muss die Politik tun, um Brandenburgs Dörfer zu stärken?“ entwickelt. Alle BürgerInnen waren aufgefordert, über die Online-Plattform an ihnen mitzuarbeiten. Die Kommission diskutiert nun die eingegangenen Anmerkungen – und wird die Ergebnisse in ihren Zwischen- und Endbericht einfließen lassen. In letztgenannten will unsere Fraktion auch Konzepte für nachhaltiges Wirtschaften – das Thema unserer Sachverständigen Martina Schäfer – einbringen. Und: Auch für mehr Jugendbeteiligung engagieren wir uns. „Wir rufen alle Brandenburgerinnen und Brandenburger dazu auf, sich einzubringen – ins Dialogportal, die Bürgersprechstunde oder unseren Arbeitskreis!“, sagt Benjamin Raschke.

# VIEL LÄRM – UND KEINE LÖSUNG



Beide Fotos diese Doppelseite: © Fraktion/Sirina Mehra

## Grüne Abgeordnete im Gespräch mit der Volksinitiative gegen eine 3. BER-Startbahn

Chaos-Baustelle BER: Auch knapp fünf Jahre nach dem ursprünglichen Eröffnungstermin ist kein Fertigstellungstermin in Sicht. Immer neue Probleme verzögern das Projekt.

2016 hat der Landesrechnungshof einen umfangreichen Bericht zum Handeln der Landesregierung in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der Flughafen-gesellschaft Berlin-Brandenburg FBB vorgelegt. Erst auf unseren Antrag hin wurden Bericht und Ausschussberatung öffentlich. So wurde bekannt, welche gravierenden Fehleinschätzungen dem Projekt BER zum Verhängnis wurden. Die Grundprobleme: Die PolitikerInnen im Aufsichtsrat hatten

weder die erforderliche Qualifikation, noch verfügten sie über ausreichende Zeitkapazitäten. Die Gesellschafterversammlung wurde ihrer herausgehobenen Stellung nicht gerecht. Die Freistellung des Aufsichtsrates von Regressforderungen basierte laut Rechnungshof auf einem zweifelhaften Gutachten. Unsere Anträge, die Haftungsprüfung erneut durchzuführen, wurden von Rot-Rot dennoch wiederholt abgelehnt.

## Vom „weltbesten Schallschutz“ bleibt nichts über

So gut wie keine Bewegung gibt es bei der Umsetzung des Schallschutzes für die Be-





als misslich – denn erst auf Basis einer solchen Feststellung kann die Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg (LuBB) aufsichtsrechtlich tätig werden und die FBB anweisen, das Verfahren zu ändern.

troffenen. Die FBB versucht mit aller Gewalt, die Kosten für den Lärmschutz nach unten zu drücken. Sie agiert wie eine Überbaubehörde, stellt Baugenehmigungen in Frage und erklärt Wohnraum zu Nebenräumen ohne Anspruch auf Schallschutzmaßnahmen. Statt der vielfach gewünschten Außendämmung werden raumklimatisch unbefriedigende Innendämmungen vorgegeben, die zudem die Räume verkleinern. Der Großteil der Hauptbetroffenen wird mit Entschädigungszahlungen abgespeist, die keinen ausreichenden Schallschutz gewährleisten.

Hinzu kommt, dass ein von den Flughafen-gemeinden beauftragtes Gutachten des Fraunhofer Instituts für Bauphysik zahlreiche Mängel bei der Berechnung von Schallschutzmaßnahmen fand. Bei einer vom Sonderausschuss BER veranlassten Stichprobenkontrolle des Schallschutzprogramms fand der beauftragte Gutachter im Durchschnitt etwa drei Fehler pro untersuchtem Gebäude. Dennoch konnte sich die Mehrheit im Sonderausschuss nicht entschließen, diesen Sachverhalt als systematischen Fehler zu bewerten. Das ist mehr

„Unabhängig von der Forderung nach angemessener Umsetzung des Lärmschutzprogrammes haben wir ein Gesetz zur Errichtung eines Fluglärmschutzfonds erarbeitet“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Axel Vogel. „Damit sollen betroffene AnwohnerInnen in besonderen Härtefällen, die vom Planfeststellungsbeschluss nicht abgedeckt sind, eine Entschädigung erhalten. Die Finanzierung könnte über eine zusätzliche Lärmabgabe der Fluggesellschaften erfolgen.“

### Weitere Umweltprobleme

Aber nicht nur Fluglärm ist ein Umweltproblem. Fliegen ist die klimaschädlichste Art, sich fortzubewegen. Der angekündigte massive Ausbau der Abfertigungskapazitäten in Schönefeld ist daher nicht nur für die vom Fluglärm Betroffenen eine Katastrophe, sondern auch für das Klima. Noch weitgehend unerforscht sind die gesundheitlichen Auswirkungen des von Flugzeugtriebwerken ausgestoßenen Ultrafeinstaubes. Die von uns geforderte unabhängige Messung dieser Umweltgifte wurde vom Landtag ebenfalls abgelehnt.

# GIFTIGE ATLASTEN

Wer wissen will, wo sich in  
seinem Umfeld eine illegale  
Halde befindet, findet hier  
eine Karte:  
<http://gruenlink.de/1bbi>



© Thomas Dyrh

**Niemand weiß genau, was im Boden der 148 illegalen Brandenburger Müllhalden schlummert**

Jede und jeder von uns produziert Unmengen an Müll, und noch immer sind wir weit weg von einer Kreislaufwirtschaft. Das Geschäft mit dem Müll dagegen ist einträglich – und hat viele dunkle Seiten. Brandenburg war nach der Wende als „Müllparadies“ verschrien, „Müllpaten“ wurden mit illegaler Müllverklappung reich. Immer neue Skandale kamen ans Licht. Nachdem es mehrere Jahre ruhig war, kocht das Thema nun wieder hoch.

148 illegale Müllhalden in Brandenburg: Diese erschreckend hohe Zahl nannte Umweltminister Vogelsänger – aber erst, nach-

dem Medienberichte die zuvor veröffentlichte, deutlich niedrigere Zahl in Frage stellten und unsere Fraktion mit einer Kleinen Anfrage nachhakte. Illegale Halden entstanden oft aus ursprünglich legalen Müllbehandlungsanlagen, deren Betreiber Insolvenz beantragt haben – teilweise aus wirtschaftlichen Gründen, teilweise auch gezielt und aus kriminellen Motiven. Einige Halden sind auch aus ehemaligen Tagebauen oder aus Kiesgruben entstanden. Kein Problem von gestern: Die derzeitigen Engpässe führen dazu, dass an mehreren Orten im Land erneut Kiesgruben als Deponien genehmigt werden.



## Verschlepptes Problem

Das Problem der illegalen Müllverklappung ist von der Landespolitik jahrelang verschleppt worden. Wie Minister Vogelsänger freimütig bekannte, war das Thema schlicht „nicht populär“ genug. Diese Untätigkeit hat gravierende Folgen für die Umwelt. Dies zeigt das Beispiel der größten illegalen Halde Brandenburgs, der Gesellschaft für Abfallverwertung und Bodensanierung (GEAB) in Barnim. Dort lagern seit Jahren Kunststoffreste und andere Abfälle, darunter auch gefährliche Stoffe. Ein Gutachten im Auftrag des Landesamtes für Umwelt spricht von Sickerwasser auf dem Gelände, das stark mit Schwermetallen und anderen Giften belastet ist. Es besteht die Gefahr, dass dieses in das Oberflächengewässer gelangen könnte. Wir waren vor Ort und haben dann im Umweltausschuss und im Landtagsplenum diverse Anfragen dazu gestellt. Auch die bündnisgrüne Fraktion im Kreistag Barnim engagiert sich gegen diese Zeitbombe.

Doch die GEAB ist nur ein Beispiel von vielen. Die Frage, wie die giftigen Altlasten wie-

## Umwelt- und Naturschutz: Was sonst noch geschah

- Wir kämpfen gegen die Ultrafeinstaubbelastung für die AnwohnerInnen des Flughafens BER und fordern als ersten Schritt Messungen durch das Land. Vor allem aber streiten wir für die Reduzierung von Flugstunden und gegen den Bau einer dritten Startbahn: <http://gruenlink.de/1bg4>
- Alle reden über Kreisgrenzen, dabei sieht die Verwaltungsreform auch eine Zerschlagung des Naturschutzes vor. Wir halten dagegen: <http://gruenlink.de/1bo1>

der aus dem Boden kommen sollen, hat Rot-Rot viel zu lange unbeantwortet gelassen. Und trotz unseres Drängens werden Deponien auch heute nicht gründlich untersucht. Oft liegt nur veraltetes Datenmaterial vor. Die häufig praktizierte bloße „Inaugenscheinnahme“ durch – zu wenige – MitarbeiterInnen des Landesumweltamts liefert nur unzureichende Erkenntnisse. Dadurch bleibt weiter unklar, was genau im Boden schlummert. „Unsere Forderung ist eine gründliche Untersuchung aller Deponien und eine anschließende Beräumung nach Gefährdungspotenzial“, sagt unser umweltpolitischer Sprecher Benjamin Raschke. Am Ende helfen nur mehr Recycling – und vor allem weniger Müll. Minister Vogelsänger bleibt uns Antworten auf unsere Nachfragen schuldig. Wir bleiben dran, bis endlich geräumt ist!

# VON BEVORMUNDENDER FÜRSORGE ZU MODERNER TEILHABE



**Demonstration gegen das geplante Bundesteilhabegesetz vor dem Brandenburger Landtag**

Sie wollen ins Kino? Geht nur, wenn noch vier bis sechs weitere Leute mitkommen. Das Leben in der eigenen Wohnung können Sie sich nicht leisten? Dann gehen Sie besser in ein Heim. Diese Schule passt zu Ihnen? Tut uns leid, es wurde eine andere für Sie festgelegt. Sie finden das absurd? Diskriminierend? So ging es den Tausend Demonstrierenden im Sommer 2016 vor dem Landtag auch. Sie waren mit Plakaten und Spruchbändern gekommen, mit Blindenstöcken und Rollstühlen, mit ihren Angehörigen – und sie waren empört. Ihr Protest

richtete sich gegen die behindernden Regelungen im neuen Bundesteilhabegesetz. Dieses sollte Menschen mit Behinderungen eigentlich den gleichberechtigten Zugang zur Gesellschaft verschaffen. Nun drohte es ihre Rechte sogar einzuschränken: in der Assistenz von Freizeitaktivitäten oder dem Wunsch- und Wahlrecht beim Wohnen oder Lernen zum Beispiel. „Der Protest hat unseren Parlamentsantrag noch bekräftigt“, berichtet Ursula Nonnemacher, sozialpolitische Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion. „Wir hatten die Landesregierung zuvor aufgefor-





dert, sich im Bundesrat für Verbesserungen im Gesetz stark zu machen.“ Auf unsere Initiative hin diskutierten wenig später die SozialpolitikerInnen aller Fraktionen das Gesetz mit Fachleuten und Betroffenen in großer Runde im Landtag – mit dem Ergebnis, dass Brandenburg einen „blauen Brief“ an den Bund sandte. „Nicht alle, aber einige unserer Forderungen, wie die nach dem Wunsch- und Wahlrecht, wurden am Ende umgesetzt“, sagt Ursula Nonnemacher.

## Leben wie ich will

Selbstbestimmt leben. Das sollen die 370.000 in Brandenburg wohnenden Menschen mit Behinderungen können – genauso wie alle anderen. Traditionelle Familien, Regenbogenfamilien und Alleinerziehende. Jüngere und Ältere, Frauen und Männer, in der Stadt oder auf dem Land. Unsere Fraktion hat einiges auf den Weg gebracht, ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen: Mit auf unsere Initiative geht die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes zurück – durch mehr Geld und Weiterbildungsmöglichkeiten.

## Soziale Gerechtigkeit: Was sonst noch geschah

- Jeder Mensch muss wählen dürfen – auch in Betreuung, im Maßregelvollzug und in psychiatrischen Kliniken:  
<http://gruenlink.de/1bpq>
- Wir wollen die bestmögliche Versorgungssicherheit in der Pflege:  
<http://gruenlink.de/1bpr>

Wir kämpfen für die Rechte von Alleinerziehenden und gegen Kinderarmut. Unser Antrag, den Unterhaltsvorschuss des Staates als familienpolitische Leistung zu sehen und nicht auf Sozialleistungen des erziehenden Elternteils anzurechnen, hat das Problem in Brandenburg in den Fokus gerückt. Wir unterstützen von Gewalt betroffene Frauen: Wir wollen, dass in Frauenhäusern auch eine Kinderbetreuung stattfindet. Wir sorgen dafür, dass die Landesregierung die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, bi-, trans-, intersexuellen und queeren Menschen vorantreibt und nun einen Aktionsplan für mehr Akzeptanz von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt erarbeitet.

Wir wollen, dass in Brandenburg Pflege gut funktioniert. Auf unsere Forderung nach einer Pflegekammer hin, die wie in anderen Gesundheitsberufen die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, bereitet Rot-Rot eine Befragung aller betroffenen Pflegekräfte vor.



# KEIN KIND ZURÜCKLASSEN



© Frauke Havkost

**Marie Luise von Halem beim bundesweiten Vorlesetag**

Wer nur kriecht, kann wenigstens nicht stolpern. Das mag sich die rot-rote Regierungskoalition gesagt haben, als sie sich in Sachen Inklusion an Schulen vor sechs Jahren gaaaanz langsam auf den Weg machte. Den hatte unsere Fraktion mit dem Gutachten des renommierten Inklusionsforschers Prof. Dr. Ulf Preuss-Lausitz bereits aufge-

zeichnet und diskutierte dies mit hunderten Lehrkräften und Eltern im Land. Als die Landesregierung später die fortschrittlichen Empfehlungen ihres eigenen wissenschaftlichen Beirates zur inklusiven Bildung in die Schublade packte, schauten wir uns diese Vorschläge mit den Betroffenen vor Ort an. „Unser Druck und unser Drängen haben sich



gelohnt“, freut sich unsere bildungspolitische Sprecherin Marie Luise von Halem. „Bildungsminister Baaske hat jetzt ein Konzept für das gemeinsame Lernen vorgelegt, in dem er viele bündnisgrüne Forderungen beherzigt.“ Dazu zählen: Das zunächst an 40 Grundschulen gestartete Pilotprojekt zur Inklusion wird ausgeweitet. Das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung ist auch an weiterführenden Schulen von der 7. bis zur 10. Klasse möglich. Es gibt über 400 Lehrkräfte zusätzlich und multiprofessionelle Teams mit SonderpädagogInnen und SozialarbeiterInnen nicht nur an den Förder-, sondern an allen Schulen im Programm. Mehr Personal und Geld stehen

### Haasenburg-Skandal

Unsere Fraktion brachte die skandalöse und menschenfeindliche Praxis in den Haasenburg-Jugendheimen auf die Tagesordnung des Parlaments und setzte ihre Forderung nach Schließung der Haasenburg-Heime, einer Untersuchung der Vorgänge und einem neu zu konzipierenden Umgang mit schwierigen Jugendlichen durch. Darüber hinaus wollen wir einen flächendeckenden „Heim-TÜV“, eine Ombudsstelle für die Jugendlichen in den Einrichtungen und eine ständige Fallkonferenz für schwierige Fälle.

### Bildung:

#### Was sonst noch geschah

- Mit einem LandlehrerInnen-Stipendium wollen wir mehr Lehrkräfte für unser Flächenland gewinnen: <http://gruenlink.de/1bpk>
- So wird bessere Bildung für Kita-Kinder möglich: <http://gruenlink.de/1bpl>
- Wir wollen außerschulische Lernorte erhalten: <http://gruenlink.de/1bpm>
- Gut lernen mit gesundem Schulessen: <http://gruenlink.de/1bpn>
- Mit Schulzentren das Schulsystem demografiefest machen: <http://gruenlink.de/1bpo>
- Medienbildung und digitale Kompetenzen stärken: <http://gruenlink.de/1bpp>

allen teilnehmenden Schulen pauschal zur Verfügung und müssen nicht extra beantragt werden. Ob ein Kind schwerbehindert ist oder hochbegabt, schwierig oder besonders emotional, frisch hierher gezogen oder nach längerer Krankheit wieder in der Schule: Alle können zusammen in eine Schule gehen und dort individuell gefördert werden.

„Offen bleibt“, gibt Marie Luise von Halem zu bedenken, „wie die Lehrkräfte kontinuierlich fortgebildet und begleitet werden und ob wir all die benötigten SonderpädagogInnen nicht selbst im Land ausbilden sollten.“ Und warum bleiben die Freien Schulen und Oberstufenzentren bei der Inklusion außen vor? Wieso haben Eltern keinen rechtlichen Anspruch darauf, dass ihr Kind in einer regulären Schule unterrichtet wird? Das sind wohl Stolperfallen, aber: Nur wer kriecht ...

# WEIT WEG, NAH DRAN

Frrapó. Schon mal gehört? Oder Slubfurt. Ja? Und Sorbenradio? Ach nein, das gibt es nicht. Noch nicht! Das Frankfurter Slubfurt und das Potsdamer Frrapó sind zwei der wenigen freien Lokalradios im Land. Sie haben etwas zu sagen, aber keine eigenen UKW-Frequenzen. Sie sind nichtkommerziell, aber es mangelt ihnen an Geld. Nah dran an den Menschen berichten sie über alles, was direkt vor Ort passiert, bleiben aber dennoch selbstbestimmt und unabhängig. „Mehr als die vielen ‚großen‘ Medien stehen die kleinen Bürgerradios für eine Vielfalt an Sprachen, Kulturen und Meinungen – und das mit lokalem Bezug“, sagt unsere kultur- und medienpolitische Sprecherin Marie Luise von Halem. Sie hat das Thema Lokalfunk deshalb 2016



„Rikki Tikki Tavi“ – ein Tanztheater für Kinder im Piccolo Theater Cottbus, Choreografie: Golde Grunske, Tanz: tanzkompanie golde g.





In den Landtag gebracht und erreicht, dass Brandenburg mit Berlin den Medienstaatsvertrag ändert. Damit Bürgerradios mehr Frequenzen, Finanzen und Fortbildungen bekommen. Und Brandenburg gelebte Demokratie auf vielen Kanälen.

### Ein Akt mit den freien Theatern

Auch die gut 30 freien Theater im Land haben den Kanal voll. Von mangelnden Mitteln, knappen Kassen und armseligen Arbeitsverhältnissen. Ein Drittel aller Theaterbesuche entfällt auf die Freien, aber nur vier Prozent der Förderung. „Wer für kulturelle Bildung und Verbundenheit mit der Heimat sorgt, wer sich auf künstlerische Wanderschaft bis in den entlegensten Winkel von Brandenburg begibt, braucht nicht nur den Zuspruch des Publikums, sondern auch des Kultur-

ministeriums“, findet Marie Luise von Halem. „Uns ist gelungen, die Förderung der freien Theater ab 2017 deutlich zu verbessern.“

Auch die Kulturarbeit mit Flüchtlingen bekommt auf unseren Antrag hin weiterhin 300.000 Euro. Strittig ist leider weiter ein von uns geforderter Fonds, aus dem neben Kommunen auch gesellschaftlich aktive Vereine Gelder für Theateraufführungen in ihrem Ort beantragen können.

Eine Menge Theater gab es um das einsturzgefährdete ehemalige sowjetische Offizierskasino in Dallgow-Döberitz. Der Denkmalschutz konnte nicht helfen, da es für das Objekt kein ausfinanziertes Nachnutzungskonzept gab. „Seit 2014 fordern wir einen Denkmalfonds von 2 Mio. Euro, um besondere historische Gebäude schnell notzuzusichern und vor dem endgültigen Verfall zu retten“, berichtet Marie Luise von Halem. Die daraufhin im Haushalt bereitgestellten 500.000 Euro wurden für 2017/2018 nochmal verdoppelt! Während das Kasino noch der Abrissbirne zum Opfer fallen musste, bekamen das durch Brandstiftung geschädigte Brauhaus im Himmelpforter Zisterzienserkloster, der Kirchturm von Trampe und ein Dutzend weitere historische Kleinode mit diesen Mitteln eine zweite Lebenschance.

# SCHWERTUN MIT DER ERINNERUNG

Das Schicksal der ehemaligen Heimkinder  
von Bad Freienwalde ernst nehmen:  
<http://gruenlink.de/1bpz>



Roland Herrmann, ehemaliger Insasse des „Durchgangsheims“ Bad Freienwalde

Bei Roland Herrmann begann es mit der geliebten Levi's®-Jeans, wegen der er aus dem Russisch-Unterricht flog, bevor er zum schwarzen Schaf der Klasse und dann zum Karrierehindernis für den staatsnahen Stiefvater wurde. Norda Krauel bekam wegen ihrer nicht DDR-linientreuen Mutter erst keine Berufsausbildung und dann Ärger mit den DDR-Behörden. Beide Teenager landeten in den 1980er Jahren im „Durchgangsheim“ Bad Freienwalde. Hier wurden zwischen 1968 und 1987 Kinder und Jugendliche weggesperrt, drangsaliert und gebrochen.

Um den Blick auf ihre Schicksale zu lenken, veranstaltete unsere Fraktion Anfang 2016 einen Gesprächsabend mit einem Wissenschaftler und ehemaligen InsassInnen des „Kindergefängnisses“ in Bad Freienwalde. „Neben der Rehabilitation ist es wichtig, auf das Leid und die Stigmatisierung der Betroffenen aufmerksam zu machen“, sagt Heide Schinowsky, die sich mit der Aufarbeitung von DDR-Unrecht beschäftigt. Inzwischen unterstützen Landtagsabgeordnete mehrerer Fraktionen und der Landrat von Märkisch-Oderland den von früheren





## DDR-Aufarbeitung: Was sonst noch geschah

- Unsere Sicht auf den Gedenktag 8. Mai:  
<http://gruenlink.de/1bpw>
- Und den 13. August:  
<http://gruenlink.de/1bpx>

InsassInnen gegründeten Verein „Kinder-gefängnis Bad Freienwalde“ bei der Errichtung eines Mahnmals vor Ort.

Nachdem Norda Krauel an Brandenburger Gerichten mit ihrer Klage auf Rehabilitation gescheitert war, zog sie vor das Bundesverfassungsgericht. Verbunden mit scharfer Kritik an den vorausgegan-

nen Verfahren verwiesen die Karlsruher RichterInnen die Sache zurück an das Brandenburger Oberlandesgericht. Dieses verkündete nun vor kurzem die Rehabilitation Krauels. „Jetzt gilt es zu prüfen, ob bzw. inwiefern das Urteil zu Norda Krauel Konsequenzen für die Verfahren anderer Betroffener bedeuten könnte“, so Heide Schinowsky.

## Das Versprechen des Landtags

### Sittenwidrige Enteignungen endlich rückgängig machen

Eine Empfehlung der Enquêtekommission lautet, alle vom Land nach 1990 enteigneten sogenannten Neusiedler-ErbInnen wieder in ihre Rechte zu setzen. NeusiedlerInnen erwarben im Zuge der Bodenreform vererbbares Land, das sie bald darauf in die LPGen einbringen mussten. Nach 1990 schrieb das Land Brandenburg das Unrecht fort, indem es auf Teufel komm raus versuchte, diese Grundstücke an sich zu bringen. Für eine Vielzahl von Fällen wurde dieses Verhalten vom Bundesgerichtshof als „sittenwidrig“ qualifiziert. Unsere Fraktion hat deshalb einen 2013 von uns erarbeiteten Gesetzentwurf zur Rückgabe ausnahmslos aller Flächen an die Neusiedler-ErbInnen 2016 modifiziert und noch einmal ins Parlament eingebracht. Rot-Rot lehnte ihn jedoch zum zweiten Mal ab.

Die von unserer Fraktion in der letzten Wahlperiode angestoßene Enquêtekommission zur DDR-Aufarbeitung hatte sich in großem Einvernehmen auf 80 Handlungsempfehlungen verständigt. Es sollten u. a. Rehabilitierungsverfahren verbessert, demokratische Bildung an Schulen verstärkt und sich mehr um Erinnerungsorte gekümmert werden. Die neue rot-rote Landesregierung hatte 2014 die Umsetzung der Empfehlungen jedoch nur sehr halbherzig in ihrem Koalitionsvertrag verankert. „Wir haben deshalb auf einen Landtagsbeschluss gedrängt, in dem sich alle Fraktionen zur weiteren DDR-Aufarbeitung und zur Umsetzung der Enquête-Empfehlungen bekennen – mit Erfolg!“, sagt Heide Schinowsky.

# WER MACHT WAS?

---



## **Ursula Nonnemacher**

Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende,  
Parlamentarische Geschäfts-  
führerin, Sprecherin für  
Inneres und Kommunales  
und für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit, Frauen und  
Familie

Tel.: (0331) 966 1701

E-Mail:

[ursula.nonnemacher@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de)



## **Marie Luise von Halem**

Sprecherin für Bildung,  
Jugend und Sport und für  
Wissenschaft, Forschung  
und Kultur, zugleich Vor-  
sitzende des gleichnamigen  
Ausschusses

Tel.: (0331) 966 1705

E-Mail:

[ml.halem@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de)



## **Heide Schinowsky**

Sprecherin für Wirtschaft  
und Energie, Mitglied im  
Rat für Angelegenheiten  
der Sorben/Wenden

Tel.: (0331) 966 1704

E-Mail:

[heide.schinowsky@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de)



[www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de)



[facebook.com/GrueneLandtagBB](https://facebook.com/GrueneLandtagBB)



[twitter.com/GrueneLTBB](https://twitter.com/GrueneLTBB)



### Axel Vogel

Fraktionsvorsitzender,  
Sprecher für Haushalt und  
Finanzen, Mitglied im  
Sonderausschuss BER  
und im Hauptausschuss

Tel.: (0331) 966 1707

E-Mail:

[axel.vogel@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de)



### Michael Jungclaus

Sprecher für Infrastruktur  
und Landesplanung und für  
Europaangelegenheiten,  
Entwicklungspolitik und  
Verbraucherschutz

Tel.: (0331) 966 1709

E-Mail:

[michael.jungclaus@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de)



### Benjamin Raschke

Sprecher für Recht und für  
Ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Landwirtschaft,  
Mitglied der Enquêtekom-  
mission „Zukunft der länd-  
lichen Regionen vor dem  
Hintergrund des demografi-  
schen Wandels“

Tel.: (0331) 966 1724

E-Mail:

[benjamin.raschke@gruene-  
fraktion.brandenburg.de](mailto:benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de)



**Zum Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOT) bekennt unsere Fraktion Farbe**

## **Herausgeberin**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Brandenburger Landtag  
Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Tel.: (0331) 966 1700

Fax: (0331) 966 1702

[info@gruene-fraktion.brandenburg.de](mailto:info@gruene-fraktion.brandenburg.de)

[www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de)

[facebook.com/GrueneLandtagBB](https://facebook.com/GrueneLandtagBB)

[twitter.com/GrueneLTBB](https://twitter.com/GrueneLTBB)

## **V.i.S.d.P.**

Tobias Arbingер

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

## **Gesamtredaktion**

Katharina Buri

## **Redaktionsschluss**

Februar 2017

## **Gestaltung**

ZITRUSBLAU GmbH, Berlin

Titel-Illustration: Kristina Heldmann

## **Icons**

[thenounproject.com](http://thenounproject.com)

## **Druck**

Druckhaus Dülmen Betz Vertriebs GmbH



[www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de)